

Themenübersicht:

Editorial

1. Terror parlamentarisch aufklären
2. Bildungsfreistellungsgesetz auf den Weg gebracht
3. Datenschutz ist Bürgerrecht!
4. Energiewende mit Brechstange?
5. Helaba und Vermögenssteuer: Der Landtag ringt mit dem Geldmangel
6. SPD beim Personalvertretungsgesetz erneut vorgeführt
7. Tempo, Tempo, Tempo
8. Theater- und Orchesterfinanzierung von 2012-2016
9. Medienpolitik: Fehlanzeige in Thüringen

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

in den vergangenen Tagen überschlugen sich die Meldungen: Bankräuber wurden zu Polizistenmördern, Polizistenmörder zu „mutmaßlichen“ Rechtsextremisten und „mutmaßliche“ Rechtsextremisten zu brutalen rechtsextremen Mördern. Und dabei stehen wir – davon bin ich fest überzeugt – erst am Anfang der Aufklärung.

Viele fragen sich nun: Wie konnte es so weit kommen? Ein Grund für die dramatische Entwicklung liegt in einem politischen Klima, in dem rechtsextreme, fremdenfeindliche, antisemitische und rassistische Anschauungen in die Mitte der Gesellschaft durchsickern konnten. Zwar gab es Demonstrationen und Lichterketten gegen die braune Menschenverachtung. Politische Konsequenzen aber wurden nicht oder kaum gezogen. Ein fataler Fehler, wie sich immer wieder zeigte – in Rostock, Guben, Dessau oder Köln.

Und während der braune Eintopf bundesweit köchelte, richteten sich Neonazis auch in Thüringen immer mehr ein. Sie erwarben Immobilien, wie das Schützenhaus in Pößneck, das „braune Haus“ in Jena oder kürzlich das Rittergut in Guthmannshausen. Sie organisierten sich in einem Mit- und Nebeneinander von NPD und Kameradschaften mit der zugehörigen Musikszene. Sie suchten Kontakt zu Gleichgesinnten in ganz Europa und veranstalteten Rechtsrockfestivals.

Es gelang den Neonazis auch, unter anderem in neun Kreisen und kreisfreien Städten in die Parlamente einzuziehen. Dem Schreck der demokratischen Parteien folgte eine fatale Aufweichung des demokratischen Rückgrats. Niemand muss rechten Hasspredigern in den Parlamenten die Hand reichen! Grüne Abgeordnete wie Philipp Heinlein in Sonneberg müssen aber von Abgeordneten anderer Fraktionen anderes erleben.

Die Ministerpräsidentin hat in ihrer Regierungserklärung – deren Anlass unser Antrag auf eine Aktuelle Stunde zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Thüringen war – wenig Neues zum Thema beigetragen. Immerhin sprach sie sich für eine öffentliche und lückenlose Aufklärung aus. Dabei hat sie unsere voll Unterstützung.

Doch neben der konsequenten Strafverfolgung ist die Entwicklung einer demokratischen, toleranten Kultur entscheidend. Dazu braucht es Bildungsprojekte, Unterstützung für soziokulturelle Einrichtungen und eine aktive Zivilgesellschaft. Wir werden diesen Prozess

mit aller Kraft unterstützen – im Parlament, auf der Straße und in der täglichen Arbeit. Damit Thüringen wirklich zum weltoffenen, attraktiven Land wird.

Herzlich

Eure Fraktionsvorsitzende

Anja Siegesmund

1. Terror parlamentarisch aufklären

Die Bundesrepublik Deutschland ist von der Erkenntnis über eine rechte Terror-Zelle erschüttert. Diese Zelle hat ihren Ursprung in der Thüringer Neo-Nazi-Szene – dies aufzuklären ist jetzt unsere parlamentarische Aufgabe.

„Vor aller Diskussion um Konsequenzen und allen Nachfragern stehen die Entschuldigung und die Scham über die verübten Morde und Gewalttaten. Die Nazi-Terror-Gruppe hat unsere Gesellschaft angegriffen und Mitbürgerinnen und Mitbürger feige aus dem Leben gerissen. Darum bin ich Anja Siegesmund auch für ihre klaren Worte in der Aussprache zur Regierungserklärung dankbar“, sagt unser innenpolitischer Sprecher Dirk Adams.

„Diese Woche war für mich von einer Vielzahl von empfangenen Informationen geprägt, die alle auf ihren Gehalt untersucht werden mussten. Manches war grober Unfug und anderes bedrückende Wahrheit“, so Adams weiter. Weiterhin fanden Sitzungen des Kontrollgremiums und des Innenausschusses statt – zum Teil bis in die Nacht. Noch am Freitag trat der Innenausschuss zusammen, um die in der Thüringer Allgemeinen veröffentlichten Vorwürfe abzuklären.

„Aus der derzeitigen innenpolitischen Sicht stellt sich die Situation wie folgt dar: Bei dem Trio handelt es sich mit Sicherheit um eine der gefährlichsten Gewalttätergruppen in der Geschichte der Bundesrepublik. Das Abtauchen und die Umstände, die dazu führten, dass sie über 13 Jahre unerkannt blieben, wird die parlamentarische Kontrolle beschäftigen“, sagt Adams.

Am Freitag gab es in Berlin auch einen Krisengipfel der Innen- und Justizminister. „Meiner Meinung nach kann man die Ergebnisse als dünn oder mehr als dünn bezeichnen. Der Bundesinnenminister hat nur den Vorschlag gemacht, eine neue weitere Datei einzurichten. Aber dieser Fall zeigt deutlich: Es liegt nicht an fehlender Vernetzung oder an fehlenden Informationen, wenn der Verfassungsschutz in Niedersachsen im Rahmen eines Amtshilfeersuchen auf einen möglichen Rechtsterroristen hingewiesen wird und nach Erledigung der Amtshilfe hier nicht mehr hinsieht, sondern an falscher Einschätzung. Die nun angekündigten Maßnahmen werden da zu keiner Verbesserung führen.“

Wir Grünen hoffen, dass die schlimmen Erkenntnisse über die menschenverachtende Gewaltbereitschaft der Rechten, die wirklich nicht unbekannt war, nun nicht zu einer weiteren aufgeregten Debatte über Online-Durchsuchungen und andere allgemeine Überwachungsmaßnahmen führen. „In den nächsten Wochen werden die drei Ausschüsse – Innen, Justiz und Kontrollkommission – in enger Folge intensiv tagen, danach so haben sich die Innenpolitiker aller Fraktionen geeinigt, soll die Frage des Untersuchungsausschusses qualifiziert beraten werden“, schließt Adams.

2. Bildungsfreistellungsgesetz auf den Weg gebracht

Nachdem wir zwei Jahre auf den angekündigten Gesetzentwurf für ein Bildungsfreistellungsgesetz von der Landesregierung warten mussten, haben wir nun einen umfassenden Entwurf vorgelegt. Bis auf die FDP sind alle Fraktionen einig, mit einem Bildungsfreistellungsgesetz für die ThüringerInnen einen verbindlichen Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung von der Arbeit an fünf Arbeitstagen im Jahr für Bildung zu schaffen. Nun sind wir gespannt, welche konkreten Änderungswünsche von den anderen Fraktionen vorgelegt werden und freuen uns auf eine konstruktive Debatte im Ausschuss. Wir meinen, dass die bisher mehr als stiefmütterlich behandelte Erwachsenen- und Weiterbildung deutlich gestärkt werden muss und verfolgen das Ziel, lebenslanges Lernen konsequent zu fördern. Es darf aber nicht sein kann, dass wir den jetzt vorliegenden Entwurf Monate lang verzögern, bis die Landesregierung endlich ihren eigenen Vorschlag vorlegt. Mit unserem Vorschlag lässt sich nun konstruktiv arbeiten, um auf die sich stetig ändernden Anforderungen im Erwerbsleben mit einem gestärkten Bildungsanspruch zu begegnen, so wie dies bereits in zwölf von 16 Bundesländern gilt. Unser Ziel ist letztlich ein Stück weit bundesweite Normalität auch für Thüringen schaffen“, so unsere bildungspolitische Sprecherin im Landtag, Astrid Rothe-Beinlich.

3. Datenschutz ist Bürgerrecht!

Für uns Bündnisgrüne gilt auch weiterhin der Grundsatz: Deine Daten gehören Dir und nicht dem Staat oder der Wirtschaft!

Dennoch haben die Regierungsfractionen von SPD und CDU in dieser Plenarsitzung die Änderungen zum Thüringer Datenschutzgesetz beschlossen, die bei weitem hinter einem modernen und verhältnismäßigen Gesetz zurückbleiben. „Es ist unverständlich, dass die Mitglieder des Innenausschusses eine schriftliche Anhörung von Sachverständigen beschließen und sich dann dieses Sachverständigen nicht bedienen“, so der grüne Innenpolitiker Dirk Adams. „Allein die Stellungnahme des Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz umfasste ein Dokument von 47 Seiten. Von 15 Stellungnahmen kritisierten elf die gewählte Umsetzung und lieferten gute Änderungsvorschläge.“

Bereits in der ersten Lesung hatten wir auf die vielen unbestimmten Rechtsbegriffe aufmerksam gemacht. Was ist zum Beispiel ein „anerkannter Zweck“? An dieser Stelle hätten Regelbeispiele eingefügt werden können, die den fraglichen Begriff konkretisieren. „Denn für uns Bündnisgrüne stehen Transparenz und Verständlichkeit von Gesetzestexten für Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle. Sonst bleiben die Interpretation der Begriffe nur der behördlichen beziehungsweise gerichtlichen Überprüfung vorbehalten“, erklärt Adams.

Das von den Regierungskoalitionen verabschiedete Änderungsgesetz ist bei weitem kein Meilenstein. „Das Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern nach den Grundsätzen der Datenvermeidung und Datensparsamkeit die Kontrolle über ihre Daten zurück zu geben und sie zur informationellen Selbstbestimmung zu ermutigen wurde leider mal wieder verfehlt“, schließt Dirk Adams.

4. Energiewende mit Brechstange?

Das im Sommer beschlossene Paket von Bundesgesetzen zur Umsetzung der Energiewende enthält auch eine Novellierung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG 2012).

Bereits im Juni 2011 hatte der Thüringer Landtag auf Antrag unserer Fraktion einen Zehn-Punkte-Maßnahmeplan zur Weiterentwicklung des EEG verabschiedet. Das jetzt vorliegende Gesetz trägt in vielen Bereichen unseren Forderungen Rechnung, dennoch signalisieren alle Beteiligten bereits jetzt weiteren Änderungsbedarf – nicht zuletzt die Agrarministerkonferenz am 28. Oktober in Suhl. Die Diskussion zur weiteren Verbesserung des EEG vor allem in Richtung Biodiversität und Bodenschutz wollten wir in den kommenden Monaten im Agrar- und Umweltausschuss gemeinsam mit Experten beraten. Leider wurde der entsprechende Antrag in der Landtagsitzung am 18. Oktober von CDU und SPD abgelehnt. Damit wurde eine weitere Chance vertan, die Biomassenutzung gerade für Thüringer Betriebe attraktiver sowie insgesamt umwelt- und naturverträglicher zu gestalten.

5. Helaba und Vermögenssteuer: Der Landtag ringt mit dem Geldmangel

Beim Thema Finanzen kann uns – das haben die vergangenen Wochen gezeigt – durchaus die Dynamik dieses Themas überrennen. So war auch die Hessisch-Thüringische Landesbank am Mittwoch Thema im Landtag, am nächsten Morgen lasen wir in den Medien, dass sie von der Agentur Moodys gleich um zwei Ratingcodes abgestuft wurde, weil man davon ausgeht, dass der Staat die Landesbank nicht mehr retten kann. „Wir fühlen uns darin bestätigt, den Einstieg der Helaba der der West-LB zum Anlass zu nehmen, uns dort zurückzuziehen“. Aber dann wurde es grundsätzlich, als es um die Unterstützung des Landes für eine Vermögenssteuer ging.

Wegschauen, wie es die FDP gern praktiziert, führt uns in die Sackgasse, das wissen wir. Und wir wissen, dass die reichsten zehn Prozent der Deutschen über 61 Prozent des Vermögens verfügen. Dabei handelt es sich nicht um die Mittelschicht von der beispielsweise der liberale Fraktionschef Uwe Barth gerne spricht. Und während es bei allen anderen Gruppen Abstriche gab, ist der Anteil dieser Reichsten am Volksvermögen in den vergangenen drei Jahren um drei Prozentpunkte gestiegen. Mit dieser Entwicklung wird das Fundament unseres Wirtschaftssystems untergraben. Das ist eine nüchterne Feststellung und keine Propaganda wie die Damen und Herren von der FDP gern behaupten. Auch der sogenannte Gini-Koeffizient für das Maß der Ungleichheit belegt, dass die Konzentration des Vermögens zunimmt.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass wir es nicht schaffen werden, den Thüringer Landeshaushalt bis 2020 nur durch Sparen auf die berühmten 7,5 Milliarden Euro abzuschmelzen. Also müssen wir die Einnahmesituation erhöhen. Und wir können sie nur da erhöhen, wo wir vom Bund Geld bekommen. Wir werden keine Steuergelder indirekt aus Europa zurückbekommen, denn CDU und FDP wollen Europa nicht mehr Geld geben. Wir werden auch aus den westdeutschen Ländern nichts mehr bekommen, sondern weniger. „Wer also nicht im Bund für Mehreinnahmen aktiv wird, handelt gegen die Interessen Thüringens und gegen die Interessen eines konsolidierten Haushalts“, betont Meyer.

Wofür wollen wir das Geld eigentlich haben? Zunächst einmal dafür, dass der Haushalt in den nächsten Jahren ausgeglichen sein kann. Denn noch immer ist unklar, wie wir bis 2020 jedes Jahr jeweils 150 Millionen Euro einsparen wollen. Hinzu kommen die Herausforderungen der Energiewende und des Klimaschutzes. Wir müssen dafür in

Thüringen mehr Geld ausgeben, um unsere Gesellschaft umbauen zu können, zum Beispiel die Transportströme zu ändern. Es stehen also auch Investitionen im Raum, die gegenfinanziert werden müssen.

„Wir werden die Haushaltsziele nicht durch Sparen erzielen können, wir dürfen die Modernisierung Thüringens nicht totsparen. Wir brauchen Mehreinnahmen, die der Bund generieren muss“, so Meyer weiter. „Wir Grünen werden die Landesregierung immer wieder daran erinnern. Und die Ignoranten von der FDP erst recht!“

6. SPD beim Personalvertretungsgesetz erneut vorgeführt

Auch das Thüringer Personalvertretungsgesetz war eigentlich als Tagesordnungspunkt dieser Plenarsitzung vorgesehen, wurde kurzfristig jedoch wieder abgesetzt.

Denn der Wirtschaftsausschuss des Thüringer Landtages tagte erneut, ohne dass sich die Regierungsfractionen auf einen von der eigenen Landesregierung vorgeschlagenen Entwurf einigen konnten. „Es ist offensichtlich, dass der CDU-Fraktion die umfassenden Beteiligungsrechte der Personalvertretungen ein Dorn im Auge sind. Hatte doch Ministerpräsident Dieter Althaus diese ein paar Jahre zuvor erst beschränkt“, sagt der grüne Wirtschaftspolitiker Dirk Adams.

„Schon zimal wollte die SPD die längst überfällige Novellierung dieses Gesetzes diskutieren und auch endlich eine Abstimmung herbeiführen und lies sich doch immer wieder vom Koalitionspartner düpierten“, so Adams weiter. „Dass die Sozialdemokraten nicht in der Lage sind, sich in einem ihrer Kernthemen durchzusetzen, ist nicht nur eine Offenbarung der eingegangenen Koalitionsehe. Es bestehen auch berechtigte Zweifel, dass Thüringen ein gutes Gesetz für seine Personalvertretungen bekommt“, resümiert Dirk Adams.

7. Tempo, Tempo, Tempo

Ist das die Antwort auf die Suche nach Glück und Wohlstand? Oder gibt es den sachten Weg, einen Weg, den alle gehen können? Können Autoverkehr und sichere Mobilität zusammenpassen?

Sie müssen wohl. Zwar lassen sich in der Stadt zwei Drittel und auf dem Land ein Drittel des Autoverkehrs recht einfach vermeiden. Darüber hinaus würde dies aber eine grundlegende Umstellung unseres Mobilitätsverhaltens bedeuteten. Da dies nicht so schnell zu erwarten ist, brauchen wir Lösungen für den Status Quo. Lösungen, die alle VerkehrsteilnehmerInnen angemessen berücksichtigen.

Vor allem: Tote und Schwerverletzte dürfen nicht mehr billigend in Kauf genommen werden. Hierzu hat der Europäische Verkehrssicherheitsbeirat einen Vorschlag namens „Vision Zero“ erarbeitet, der inzwischen auch vom EU-Parlament in wesentlichen Teilen als Empfehlung übernommen wurde. Berichterstatter im Europäischen Parlament war dazu Dieter-Leberecht Koch aus Weimar. Der CDU-Abgeordnete schlug vor, in Städten überall da Tempo 30 einzuführen, wo es nur eine Richtungsfahrbahn und keinen getrennten Radweg gibt. Das Parlament nahm diesen Vorschlag an.

Das ist dringend notwendig, denn mit die meisten Todesopfer gibt es in der Stadt durch Fußgänger und Radfahrer, die durch, im Polizeideutsch „Fehlverhalten“ auf die Fahrbahn

geraten und von Kraftwagen überrollt werden. Tempo 30 kann hier die meisten schweren Verletzungen vermeiden.

Eine solche generelle Lösung kann nur der Bund einführen. Die Kommunen wiederum können die Ausweisung von Geschwindigkeitsbeschränkungen offensiver gestalten.

Noch schlimmer als in der Stadt sieht es auf Landstraßen aus. 60 Prozent der Toten haben wir in Deutschland dort zu beklagen. In einem viertel der schweren Unfälle ist hier laut Statistik überhöhte Geschwindigkeit der Grund. Der Europäische Verkehrssicherheitsbeirat empfiehlt deshalb für Landstraßen ohne Trennung der Gegenfahrbahnen eine Höchstgeschwindigkeit von 70 Stundenkilometern. Eine Forderung, die wohl auch dem einen Leser oder der anderen Leserin als unerhört erscheinen mag. Doch je länger man darüber nachdenkt, desto weniger Gegenargumente fallen einem ein. In Schweden geht es ja auch.

8. Theater- und Orchesterfinanzierung von 2012-2016

Thüringen hat das dichteste Netz von Theatern und Orchestern aller Flächenstaaten der Bundesrepublik und die schwierige Suche nach einer tragfähigen, effizienten und transparenten Kulturförderung begleitet daher schon immer die Thüringer Kulturpolitik. Trotz der seit 1990 kontinuierlich sinkenden MitarbeiterInnenzahlen und ungünstiger tariflicher Lohnpolitik ist das Leistungsangebot der Theater und Orchester in den letzten Jahren sogar noch ausgebaut worden. Das zeigt mit welchem Engagement und welche Leistung die Kunst- und Kulturschaffenden in den Ensembles und Häusern tagtäglich leisten. Die zukünftige Theater- und Orchesterfinanzierung des Landes soll nun von derzeit 60 Millionen auf circa 65 Millionen Euro ansteigen. Diese Eckdaten bewerten wir angesichts der Herausforderungen, die uns der Landeshaushalt in den nächsten Jahren stellt, durchaus positiv. Die Mehraufwendungen des Landes werden allerdings die realen Kostensteigerungen bei weitem nicht decken können. Es geht daher vor allem um die Frage, wie die zukünftige Theater- und Orchesterfinanzierung ab 2016 auf verlässliche, transparente und leistungsfähige Beine gestellt werden kann. In der Neustrukturierung des Kommunalen Finanzausgleichs müssen wir daher neue und nachhaltige Lösungen finden. Wir meinen, die Ergebnislosigkeit der in der letzten Legislaturperiode geführten Debatte über die Einführung eines Kulturraumgesetzes ist aus unserer Sicht nicht zu akzeptieren. Daher stehen wir dem Dialog, einen solidarischen Kulturförderausgleich zu schaffen, der sämtliche Kommunen in die Förderung der Theater und Orchester einbezieht, aufgeschlossen gegenüber. Wir meinen, es braucht eine offene Diskussion wie tragfähige Möglichkeiten der Kulturförderung und Kulturförderung entwickelt werden können, gerade auch für die Theater- und Orchesterfinanzierung. Wir haben mit unserem Ansatz eines Kulturfördergesetzes dafür viele Vorschläge und werden diese konstruktiv einbringen“, so unsere kulturpolitische Sprecherin, Astrid Rothe-Beinlich.

9. Medienpolitik: Fehlanzeige in Thüringen

Das Thema Medienpolitik war schon ein sehr ernüchterndes im Ausschuss. Daher begrüßten wir es, dass eine Große Anfrage der Linkspartei die Regierungskoalition wenigstens zwang, sich im Plenum mit dem Thema zu beschäftigen.

„Die Leute haben nicht mehr das Interesse an einer lokalen Tageszeitung oder das Geld dafür und fangen an, ihre Mediennutzung auf die kostenlose Wochenzeitung zu verlagern und natürlich auch auf Internet, Radio, Fernsehen. Das ist ein Beispiel dafür, wie sich

Mediennutzung im ländlichen Raum gerade ändert“, sagt Carsten Meyer, unser medienpolitischer Sprecher. „Wir haben in den nächsten 20 Jahren 30 Prozent weniger Einwohner und die Einwohner werden älter. Damit stirbt den Zeitungen definitiv ihr Publikum weg.“

Was machen wir stattdessen? Wer wird Demokratiebildung im ländlichen Raum staatsunabhängig oder wenigstens staatsfern machen? „Keine Antwort der Landesregierung darauf, keine einzige“, kritisiert Meyer. „Diese Debatte muss aber geführt werden, ansonsten geben wir die demokratische Bildung im ländlichen Raum auf oder geben sie weiter an das Internet, an irgendwelche Foren, die hoffentlich noch halbwegs demokratiefreundlich sind. Aber gerade die Möglichkeit, regional demokratisches Verhalten zu üben, wird dadurch - freundlich formuliert - erschwert.“

Meyer appelliert an die Landesregierung, dafür zu sorgen, dass wir noch in dieser Legislatur eine breit angelegte Debatte zu Demokratie und Medien führen. „Wir müssen eine Strategie entwickeln, wie wir das Thema Medien einbinden wollen in den demokratischen Prozess, der unter anderem dafür sorgt, dass es vielleicht ein paar weniger Totschläger, Mörder und sonstige Extremisten auf dieser Welt gibt“, so Meyer.

Doch auf eine Große Anfrage der LINKEN antwortete die Landesregierung, sie habe keine Informationen zur Zeitungsdichte in den regionalen und lokalen Teilräumen in Thüringen. „Falsch, denn die Landesregierung hat uns die Ausgabenverbreitung von TA und TLZ pro Landkreis mitgeteilt. Es wäre nur ein geringer Rechenaufwand nötig gewesen, die Pressedichte in den Landkreisen zu ermitteln“, sagt Meyer. „Sie hat es nicht getan. Aus Unwillen, Faulheit oder Desinteresse. Dabei ist der Verlust von Medienvielfalt längst im Gange. Darauf muss auch die Politik endlich reagieren.“

Mehr von InfoGRÜN, unserem Gentechniknewsletter oder News in Sachen Verkehrspolitik? Hier sind gibt es eine Übersicht: <http://gruene-fraktion.thueringen.de/newsletterpresseverteiler.html>
Genug von InfoGRÜN? InfoGRÜN abbestellen: <http://gruene-fraktion.thueringen.de/infogruen/infogruen-abbestellen.html>